

Thorner Zeitung

Nr. 63

Sonabend, den 15. März

1902

Neue Nachrichten.

Berlin, 13. März. Wegen Mordversuchs auf offener Straße verhaftet wurde in der Schönhäuser Allee der Schlächtergeselle Deps, der wegen schweren Diebstahls flüchtig verfolgt wurde. Um sich der Verhaftung zu entziehen, feuerte er mit einem Revolver nacheinander auf drei Schutzleute, von denen der eine schwer verletzt wurde. Es gelang den rohen Burschen zu verhaften.

Basel, 13. März. Auf dem Gardasee kenterten zwei Boote. In dem einen befanden sich 3 Personen, die ertranken; in dem anderen 28 Mädchen, von denen 22 gerettet werden konnten.

Krefeld, 13. März. Ein Personenzug schwebte gestern früh in großer Gefahr. In der Nähe der Beche Dorfsiedel stieß er infolge Reibens mit einem Steinwagen zusammen. Letzterer wurde zertrümmert. Personen sind nicht verletzt.

Dormund, 13. März. In der Schützenstraße stürzte die Vorderwand eines zweistöckigen Hauses ein. Ein Mädchen wurde verletzt. Die Feuerwehr holte die Leute aus dem Hause.

Stolz, 13. März. Aus einem Abteil eines Zuges fiel zwischen den Stationen Ruhnow und Teschendorf, ein 4-jähriger Knabe, der zeitweise unbeaufsichtigt gewesen war und sich an der Thüre zu schaffen gemacht hatte. Durch Ziehen der Notbremse wurde der Zug zum Stehen gebracht und der Knabe, der nur einige Hautabschürfungen erlitten hatte, wieder aufgenommen.

Münch-Gladbach, 13. März. In der Pfaffenstangen-Anstalt Sephata war im Dezember ein blödsinniger Knabe von zwei Kameraden in den Kohlenaufzug geworfen und dadurch getötet worden. Der Anstaltsinspector Gelderblom, der hiernach wegen fahrlässiger Tötung angeklagt wurde, ist jetzt freigesprochen worden, weil die Schuld eines Dritten nicht vorliegt.

Kiew, 12. März. Die Stadt Tschandri am Schwarzen Meer, Wilajet Kaskamani, wurde durch Erdstöße heimgesucht, die sich im Laufe einer Stunde sechsmal wiederholten. 3000 Häuser wurden zerstört, 2000 Menschen sind obdachlos. Aus den Trümmern sind bis jetzt 100 Verwundete und vier Tote hervorgezogen worden.

Hirschberg i. Schl., 13. März. Durch unvorsichtiges Umgehen mit Spiritus verunglückte das fünfzehnjährige Dienstmädchen Emma Nobe in Warmbrunn. Sie kam mit der Flasche einem offenen Blicke zu nahe, die explodierte und das Mädchen stand über und über in Flammen. Schwer verletzt wurde sie in das St. Hedwigsstift gebracht. — Die alte Geschichte!

Glogau, 13. März. Bei Porzsch ging ein mit drei Offizieren besetzter Ballon der Berliner Luftschiff-Abteilung nieder. Die Herren hatten eine Höhe von 1500 m erreicht. Nach glatter Landung fuhren sie nach Berlin zurück.

Kiel, 13. März. Die große Uebungsjahrt des ersten Geschwaders mit dem Prinzen Heinrich findet Ende April statt und führt nach England. Eine zweite Fahrt dorthin wird das Geschwader aus Anlaß der englischen Krönungsfahrt unternehmen.

Köln, 13. März. Zu der Siebengebirgs-Lotterie fiel der Haupttreffer von 125,000 Mark auf Nr. 179,661.

Essen, 13. März. Geh. Kommerzienrat Krupp hat das bei Honnef gelegene Gut „Felsenköpfchen“ angekauft, um es zu einem Erholungsheim für seine Arbeiter zu verwenden. — Bravo!

Stimmen der Presse.

— O Den Englandhebern ins Stammbuch betitelt die freil.-volksp. „Vresl. Morg.-Ztg.“ einen Artikel, in dem sie die Rede des Staatssekretärs Schr. v. Nitzschhofen, betr. Abmachung zwischen England und Deutschland über die Vertellung von Viebesgaben an die Burenfamilien, behandelt. Wir haben den Abgeordnetenhaus-Bericht i. Z. ganz ausführlich gebracht. Das genannte Blatt bemerkt zu der Rede:

Der Belfall, mit dem die Rede des Staatssekretärs vom Hause aufgenommen wurde, war in der That verdient, und es ist nur zu hoffen, daß seine guten Worte auch eine gute Stätte finden möchten. Auf die professionellen Englandheber werden sie freilich nicht wirken, aber in den Kreisen des Publikums, die von ihnen sonst nichts wissen wollen, die sich aber leider durch ihre blutrünstigen Phrasen haben irre machen lassen, regen die Worte des Staatssekretärs doch vielleicht zum Nachdenken an. Wir selbst haben uns wiederholt gegen die maßlose Englandhebe gewendet, und haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Englandheber dieselben Leute sind, denen die politische Freiheit unseres Volkes ein Dorn im Auge

ist. Daß England, das Land, in welchem die Grundlagen der bürgerlichen Freiheit geschaffen worden sind, ihnen verhasst ist, das darf Niemanden Wunder nehmen.

Die Audeutschen und die übrigen Reaktionäre werden jetzt hoffentlich von ihrer übermäßigen Englandhebe ablassen.

Zur Diätenfrage an die Tarifkommission läßt sich die agrarische „Dtsh.-Tagesztg.“ so aus:

Uns läßt die Frage der Tagesgeldeverwahrung an die Zolltarifkommission vollkommen kühl; wir haben kein Interesse daran und würden deshalb dem Widerstande der Linken gelassen entgegensehen. Die Linke vergißt aber eins bei ihrer Stellungnahme, daß nämlich durch einen solchen Prozedenzfall die allgemeine Gewährung von Diäten sehr stark gefördert werden müßte. Doch sei dem, wie ihm wolle, soviel ist sicher, daß die einfachste Lösung der Frage allerdings die allgemeine Einführung von Tagesgeldern für die Reichstagsabgeordneten wäre. Na also! Aber warum soll durch diesen Widerstand der Linken die allgemeine Gewährung von Diäten in Frage gestellt sein?

Deutscher Reichstag.

184. Sitzung vom 13. März, 1 Uhr.

Dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats. **Abg. Baffermann** (nl.) ist erneut darüber, daß bereits in der Presse Mitteilungen erschienen seien, wonach die Regierung den sitzenden Gerichtsstand der Presse befeitigen wolle. Dagegen hörte man aber noch immer nichts von einer Vorlage zum Schutz der Bauhandwerkerforderungen.

Staatssekretär Dr. Niederding: Ich bestätige zunächst, daß der Entwurf eines Gesetzes, den sitzenden Gerichtsstand der Presse abzuändern, bereits dem Bundesrat vorgelegt ist und bald nach Ostern an den Reichstag gelangen wird. Die Vorarbeiten betreffen des Schutzes der Bauhandwerker sind unbegründet.

Abg. Büßing (nl.) hält die Gesetzeswürde zum Schutze der Bauhandwerker nicht für eine befriedigende Lösung dieser ganzen Fragen.

Abg. Dziembowski-Pomian (Pole) beschwert sich über das Verhalten der Standesbeamten bei der Eintragung polnischer Namen in das Standesregister. Die Ursachen der polnischen Agitation könnte man daher auch schon auf den Standesämtern suchen.

Abg. Bedt-Koburg (Freis. Volksp.) begrüßt die Erklärung des Regierungsvertreters bezüglich Aufhebung des sitzenden Gerichtsstandes der Presse. Und wünscht gleichfalls eine baldmöglichste Vorlage zum Schutze der Bauhandwerker.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.) beschwert sich nochmals darüber, daß ein heftiger Richter Namens Gerlach das eidliche Zeugnis eines Juden als besonders wertvoll hingestellt. Dabei ergäbe die Statistik, daß die Juden weit mehr Weineide leisteten als die Christen. Redner führt weiter Beschwerde über den offenen Brief, den der Rabbiner Dr. Münz aus Gletwitz an ihn geschrieben habe. Der Brief enthalte direkte Unwahrheiten. Trotzdem habe noch der Landrat des Plesser Kreises denjenigen seiner Kreiseingefessenen, „die immer noch an das Märchen von Ritualmorden glauben“, die Bekürre einer Schrift des Dr. Münz durch Ulas empfohlen. Die Nerven des Herrn Landrats schienen wohl da wegen Ueberanstrengung etwas gelitten zu haben.

Bei der Beratung des Etats des Reichseisenbahnamts tritt

Abg. Hieber (nl.) für eine einheitliche deutsche Eisenbahnpolitik ein.

Abg. Dr. Hertel (kons.) beschwert sich über den Eisenbahnkrieg, den Preußen gegen Sachsen führt. In der sächsischen Kammer hat ein nationalliberaler Abgeordneter gesagt, das Verfahren Preußens erinnere an die schlimmsten Zeiten des heiligen römischen Reiches. Die Nationalliberalen sind bössige Leute und die Sachsen auch. Bedenken Sie, was das heißen will, wenn ein sächsischer Nationalliberaler das sagt. (Große Heiterkeit.) Wir in Sachsen freuen uns, daß die Bahnen nicht unter preußischer Verwaltung stehen.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Eine Konkurrenz der einzelnen Eisenbahnen nach amerikanischer Art ist ausgeschlossen.

Abg. Dr. Haffke (nl.) Der Reichstag hat keine Veranlassung, hier seine Hand anzubieten, da es lediglich Sache der sächsischen Eisenbahnverwaltung ist. Redner befürwortet Frachtermäßigungen für Rostroff.

Abg. Singer (Soz.) verlangt, man solle keine Ausnahmestatte zu Gunsten eines einzelnen Standes machen, sondern Tarifermäßigungen allen ohne Ausnahme zu Teil werden lassen.

Zum Etat der Post- und Telegraphenverwaltung liegt vor eine Resolution des Centrums, den Reichskanzler zu ersuchen, das Ueber-einkommen zwischen der kaiserlichen Reichspostverwaltung und der königlich-württembergischen Postverwaltung betr. die Einführung gemeinsamer Postwertzeichen den Reichstag zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen.

Abg. Singer (Soz.) drückt seine Bewunderung darüber aus, daß noch keine Erklärung der Regierung über die Resolution, betr. Einstellung von 1000 neuen etatsmäßigen Stellen für Affistenten in den Etat erfolgt sein. Aus welchen Gründen ist der Postbau in Stettin zum Stillstand gekommen? Das ist doch verwunderlich bei der herrschenden großen Arbeitslosigkeit. Es hat die Oberpostdirektion Posten einen Erlaß an die Beamten gerichtet, betr. Beteiligung an Sammlungen für ein Bismarck-Denkmal. Ich hoffe, daß der Staatssekretär durch allgemeine Verfügung einen solchen Unfug abstellen wird.

Staatssekretär Kräfte: Wir glauben, daß nach Lage der Verhältnisse mit dem Einsetzen von 3000 neuen Stellen dem Bedürfnis genügt ist. Dagegen wollen wir den Affistenten, welche eine längere diätarische Dienstzeit haben, die Diäten erhöhen. Der Fall aus Stettin ist mir nicht bekannt. Ich kann nur annehmen, daß die Postverhältnisse nicht gestatteten, den Bau fortzuführen. Betreffs des Erlasses der Posener Oberpostdirektion steht die Reichspostverwaltung auf dem Standpunkt, daß sie solche Sammlungen nicht billigt.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Vpt.): Ich möchte nicht ganz der Behauptung zustimmen, daß die Erhöhung der Diäten um 50 Pfg. ungefähr der etatsmäßigen Gehaltskala entsprechen würde, das trifft höchstens bei der niedrigsten Klasse zu. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Verwaltung bald eine thunlichste Abschrägung der diätarischen Dienstzeit herbeiführt. Redner bringt dann noch zur Sprache, daß die während der ostasiatischen Expedition bei der Feldpost angestellten Affistenten die dort Sekretärsrang mit entsprechenden Abzeichen bekleiden hätten, nach der Rückkehr in die Heimat wieder zu Affistenten degradiert worden wären.

Staatssekretär Kräfte bemerkt, daß eine Erhöhung der Diäten auf 75 Pfg. nicht angängig sei. Ferner ist auch nicht angängig, daß die während der Chinaexpedition als Feldpostsekretäre tätig gewesen Affistenten diesen Titel nach der Rückkehr weiter führen, ebenso wenig wie Affessoren die im Kriege den Titel Auditor führen, diesen Titel im Frieden weiter führen.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) tritt für freie Wervung der Angestellten der Post ein.

Abg. v. Waldow-Reichenstein (kons.) schließt sich den Anregungen des Abg. Dr. Wiemer an.

Nunmehr wendet sich die Diskussion der Resolution des Centrums betreffend das Postabkommen mit Württemberg zu.

Abg. Gröber (Ctr.): Der durch das Ueber-einkommen bedingte Anspruch Württembergs auf eine Pauschal-Summe bedeutet eine erhebliche Abänderung des Reservatrechts. Das könne aber nur auf gesetzgeberischem Wege d. h. unter Zustimmung des Reichstags geschehen.

Staatssekretär Kräfte: Die Regierung ist der Meinung, daß der Reichstag seine Genehmigung nicht zu geben hat.

Abg. Dr. Stieber wünscht, daß die Verwendung alter Postmarken nicht mit Straßporto belegt werde.

Staatssekretär Kräfte: Im heutigen Amtsblatt ist mit Zustimmung der württembergischen Postverwaltung verfügt, daß für die vor dem 1. April mit neuen und nach dem 1. April mit alten Marken frankierten Postsendungen bis auf Weiteres eine Nach-Zoge nicht erhoben wird.

Abg. Eidhoff (Fr. Vpt.) Wir begrüßen das Postabkommen mit Württemberg als einen wesentlichen nationalen und verkehrspolitischen Fortschritt. Zu seiner Freude konstatieren wir, daß der Fortschritt der Deutschen Volkspartei zu verdanken sei. Die staatsrechtlichen Bedenken des Abg. Gröber teilten seine Freunde nicht.

Abg. Dr. Deinhard (nl.) drückt den Wunsch aus, daß Bayern bald dem Beispiel Württembergs folgen möge.

Damit wird dieser Gegenstand verlassen.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) führt in längeren Ausführungen 2 scharfe darüber, daß durch die Ueberlegungsämter das Kriegsheimnis der Polen verletzt würde.

Staatssekretär Kräfte bestreitet, daß durch die Postbeamten das Kriegsheimnis der Polen verletzt sei. Die Beamten seien aber nicht dazu da, die Rätsel zu lösen, die ihnen auf den Adressen von polnischer Seite aufgegeben würden. Solche Herausforderungen dulde er nicht, ebenso wenig als es eine polnische Geographie gäbe. (Lachen)

bei den Polen, Belfall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Auf weitere Ausführungen des Abg. v. Glebodi (Pole) giebt

Staatssekretär Kräfte seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Vorredner eine Verletzung des Kriegsheimnisses durch die Postbeamten verneint hätte.

Abg. Dr. Sattler (nl.) wendet sich gegen die polnischen Redner.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte genehmigt. Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. April.

Rechtspflege.

† **Die Verhaftung des Grafen Püdler** ist am Donnerstag von der Strafkammer in Glogau beschloffen worden. Der Termin gegen den Grafen, dessen Inspektor Kirchner und 4 Domanialarbeiter wegen Vergehens gegen Paragraph 35 des Reichsstrafgesetzbuchs mußte auf den 20. d. M. vertagt werden, da Graf Püdler trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen war. Püdler hatte seinem Gutsnachbar, dem Rittergutsbesitzer Mettcher zu Stehden, ein Stück Aderland verpachtet, auf dem dieser zum besseren Transport der Feldfrüchte eine Feldbahn erbaut hatte. Noch ehe der Pachtkontrakt des Mettcher abgelaufen war, ließ Graf Püdler diese von seinem Gutsnachbar erbaute Feldbahn zerstören. An der Zerstörung der Bahn sollen nach der Anklage die vier Gutсарbeiter beteiligt gewesen sein, während der Inspektor die Ausführung im Auftrage des Grafen Püdler angeordnet haben soll.

† **Baumfrevler.** Auf einer Kretschaufer bei Neumarkt (Schlesien) waren über 200 Obstbäume durch Messerschneide derartig beschädigt worden, daß sie durch neue ersetzt werden mußten. Der ermittelte Baumfrevler ist zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

† **Eine Verwaltungstreitjache** des Magistrats gegen die Verfügung der Polizei, durch die der Stadt Kassenburg die polizeiliche Reinigung der bis zur Kaserne führenden Provinzialchauffeestrecke auferlegt worden ist, hat am Sonabend durch Beschluß des Oberverwaltungsgerichts, wonach der Magistrat nicht, vielmehr die Polizeiverwaltung zur Reinigung verpflichtet ist, ihren Abschluß gefunden. Die Kosten des Verfahrens wurden je zur Hälfte dem Magistrat und der Polizei auferlegt. Da nun die Stadtgemeinde sowohl die Kosten des Magistrats als die der Polizeiverwaltung zu tragen hat, will sich erstere für die nicht unerheblichen Kosten schädlos halten. Wie verlautet, beabsichtigt der Magistrat, gegen den Landrat des Kreises Kassenburg zu klagen, weil dieser den Polizeiverwalter (Bürgermeister) zum Erlaß der polizeilichen Verfügungen angewiesen hat, der Preisverband vertragsweise übernommen hat und weil auf Chauffeestrecken allgemein die Handhabung der Polizei nur dem Landrat zustehe.

† **Der Mordprozeß** gegen den stud. jur. Walter Fischer gelangt vor dem Schwurgericht in Weimar am Freitag und Sonabend zum zweiten Male zur Verhandlung. Der Angeklagte, der sich zunächst in Jena und später an der Berliner Universität dem juristischen Studium widmete, übte in einem Anfall von rasender Eifersucht gelegentlich seines Pfingstankontalles in seiner Heimatstadt Gienach am 29. Mai seine langjährige Geliebte Martha Amberg, die damals siebenzehnjährige Tochter der verminweten Leichenfrau Amberg. Der im 23. Lebensjahr stehende Fischer wurde unter der Anklage des Mordes Anfang Dezember vor das Schwurgericht in Göttingen gestellt, nachdem er sechs Wochen lang in der psychiatrischen Abteilung der Universität Jena beobachtet worden war. Die zweitägige, an dramatisch bewegten und psychologisch fesselnden Einzelheiten reiche Verhandlung endete zwar mit der Verurteilung Fischers, doch war das Moment des Mordes ausgeblieben und der Angeklagte nur des Totschlags unter Verneinung mildernder Umstände schuldig befunden worden. Das Urteil lautete auf 10 Jahre Zuchthaus und zehnjährigen Ehrverlust. Die Verhandlung zeigte den Angeklagten im Blicke eines an sich unmoralisch veranlagten und durch die frühzeitige und unverständende Einnahme von Schopenhauer und Nietzsche in seinem geistigen Entwicklungsgange krankhaft beeinflussten Menschen, der nach dem Gutachten von Prof. Wismanger überdies sowohl von mütterlicher wie von väterlicher Seite erblich belastet erscheint. Entscheidend für die vom Reichsgericht begründete erachtete Revision war eine nach dieser Richtung wiesende rein processuale Beschwerde. Der Verteidiger des Angeklagten wollte den Sachverständigen über den Gesundheitszustand des Vaters befragt wissen, um nachzuweisen, daß der Angeklagte erblich belastet ist. Der Sachverständige lehnte indessen trotz

